

Der Nationalsozialismus in transnationaler Perspektive

Von Kiran Klaus Patel

2004 hat sich in Deutschland und in Europa eine Tendenz fortgesetzt, die bereits seit einiger Zeit zu beobachten war: der Trend zur Europäisierung des öffentlichen Gedenkens an die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts und damit an eine Vergangenheit, für die radikale Ideologien, zwei Weltkriege, Massenmord und Vertreibung die Leitmotive bilden. Die Erklärung zur Bildung eines europäischen Netzwerkes zu Flucht und Vertreibung, Gerhard Schröders Teilnahme an den Gedenkfeiern in der Normandie im Juni und in Warschau im August sowie die Fortentwicklung der Erinnerung an den Holocaust zum Bestandteil einer europäischen Identität verdeutlichen diese Entwicklung.

Auf den ersten Blick scheint sich Europa so im gemeinsamen Erinnern an sein trennendes Erbe zu vereinigen. Gleichzeitig hat das Gedenken an die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts viel spaltende Kraft, sowohl innerhalb europäischer Staaten als auch zwischen ihnen: Litauen ringt mit dem doppelten Erbe von Nationalsozialismus und Stalinismus und der Frage der Vergleichbarkeit; in Frankreich, Norwegen und anderswo blitzt die Debatte über das Verhältnis von Widerstand und Kollaboration immer wieder auf; der Streit um Flucht und Vertreibung belastet bis heute das Verhältnis zwischen Tschechen, Polen und Deutschen. Alte Konfliktklinien werden so offensichtlich, und häufig ist es die europäische Erfahrung mit der NS-Zeit, an der sich die Auseinandersetzungen entzünden. Unterschiedliche Geschichtsbilder zu Nationalsozialismus, Holocaust und Zweitem Weltkrieg treffen dann aufeinander.

Der Diskurs über eine Europäisierung will dieses Konfliktpotenzial entschärfen, will die Erfahrungen, die bisher primär aus der jeweiligen nationalen Perspektive gedeutet wurden, in ein gemeinsames Gedächtnis überführen. Solchen Tendenzen gegenüber muss die Geschichtswissenschaft skeptisch sein: Sie hat staatlich ebenso wie supranational verordneten Geschichtsbildern nicht zu folgen, sondern diese zu dekonstruieren. Leicht lässt sich etwa Schröders Äußerung, dass seine Anwesenheit bei den Feierlichkeiten in der Normandie den endgültigen Abschluss der Nachkriegszeit markierte, als wenig subtiler Versuch der Geschichtspolitik interpretieren. Zugleich muss die Geschichtswissenschaft sich jedoch die Frage gefallen lassen, wie erklärungskräftig ihre Ansätze sind, ob nicht auch sie zu lange einseitig nationalzentriert gewesen ist. Tatsächlich hat die Zeitgeschichts-

forschung ihren jeweiligen Gegenstand ebenfalls primär unter nationalhistorischer Perspektive behandelt. Darin spiegelt sich eine allgemeine Tendenz der professionellen Geschichtsschreibung des 19. und mehr noch des 20. Jahrhunderts wider: Sie hat das Objekt der Geschichte in erster Linie in der Nationalgeschichte gesucht. Man folgte der Prämisse, dass Nationalgeschichte an und für sich existiere und sich aus sich selbst heraus erkläre. Diese nationalfixierte Perspektive war häufig auch nationalaffirmativ, da sie einen wesentlichen Beitrag zur jeweiligen nationalen kollektiven Identitätsbildung darstellte. Diese Einseitigkeit wird erst seit kurzem intensiv hinterfragt. Wenn in der öffentlichen Diskussion die Stichworte „Europäisierung“ oder „Globalisierung“ die Runde machen, so hat dies deswegen eine Entsprechung in den geschichtswissenschaftlichen Debatten.

Zugleich ergibt sich ein merkwürdiges Paradox: In Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern, ist es zumeist der Nationalsozialismus, an dem sich die öffentliche Forderung nach Europäisierung entzündet. Gleichzeitig hat jedoch die historische Forschung gerade zu diesem Thema den nationalhistorischen Rahmen bislang kaum hinterfragt. Das hat allerdings gute Gründe. Zum einen sind gerade im Fall des NS-Regimes die nationalhistorischen Kontinuitäten besonders stark. Ein Erklärungsversuch der Entstehungsbedingungen des Nationalsozialismus, der an der dauerhaften Dominanz alter Eliten, der Verherrlichung des Militärischen oder der Kontinuität bürokratischer Traditionen vorbeiginge, würde zentrale Dimensionen übersehen. Deswegen kommt keine Erklärung des Nationalsozialismus ohne intensives Studium der deutschen Nationalgeschichte aus. Zum anderen besteht bei jedem Versuch, über die Nationalstaatsgeschichte hinausreichende Ursachenbündel und Zusammenhänge aufzudecken, die Gefahr der Verharmlosung und Relativierung des nationalsozialistischen Terrors. Beide Einwände müssen berücksichtigt werden. Sie dürfen jedoch nicht überdecken, dass es darüber hinaus wesentliche Verbindungen zum Nationalsozialismus gibt, die jenseits der Geschichte des deutschen Nationalstaats – und damit auch des gängigen Geschichtsbilds – liegen. Allgemein lassen sich das 19. und 20. Jahrhundert als Zeitraum transnationaler Verdichtung lesen, was in eine Erklärung des Nationalsozialismus einbezogen werden muss. Einige dieser transnationalen Verbindungen sollen hier skizziert werden.

1904

Manche der bisher vernachlässigten Kontinuitäten führen weit über den europäischen Kontinent hinaus in die Kolonialgeschichte des Kaiserreichs von 1871. Am schlagendsten sind die Parallelen und Verbindungen zwischen Kolonialgeschichte und Nationalsozialismus in Bezug auf Formen des rassistischen Vernichtungskriegs. Schon im Krieg gegen die Herero und Nama ab 1904 in Deutsch-Südwestafrika wurden Männer ebenso wie Frauen und Kinder in „Konzentrationslagern“ interniert, in denen die Sterb-

lichkeitsrate bei 30 bis 50 Prozent lag. Nicht erst im Nationalsozialismus, sondern bereits damals kam es zu massenhaften standrechtlichen Erschießungen von Gefangenen und tausendfachem Mord durch Verhungern und Verdursten. Dort wie im zeitgleichen Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika zerstörte die deutsche Schutztruppe ganze Dörfer und Felder, um damit Guerillakämpfern und möglichen Sympathisanten die Lebensgrundlage zu entziehen. Die radikale Vernichtungsabsicht und -praxis bildet so eine düstere Vorgeschichte des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs im Osten, die lange Zeit zu wenig gesehen wurde. Auch in der zivilen Verwaltungspraxis gibt es deutliche Analogien, etwa beim Aufbau unterschiedlicher Rechtssysteme für Kolonisatoren und Kolonisierte nach rassistischen Kriterien.

Zumindest in groben Zügen sind diese Vorgänge in den Kolonien seit langem bekannt. Direkt auf die deutsche Nationalgeschichte zurückbezogen wurden sie allerdings bislang nur selten, sondern fristeten stattdessen ein Nischendasein in der leicht verstaubt wirkenden Kolonialgeschichte. Deswegen gibt es bis heute kaum eine Untersuchung zum Verhältnis von Kolonialismus und Nationalsozialismus. Dies ist umso erstaunlicher, als Hannah Arendt bereits vor 50 Jahren auf diesen Zusammenhang hinwies.

In diesem Defizit drückt sich nicht nur die bisher dominante Nationalfixierung der Geschichtswissenschaft aus, wonach sich Nationalstaatsgeschichte im Wesentlichen aus Nationalstaatsgeschichte erklärt, sondern sie atmet auch den Geist des Eurozentrismus. Demnach beglückte Europa die Welt in den letzten 500 Jahren mit seinen Errungenschaften (mehr oder minder), ohne aber selbst von außereuropäischen Ereignissen wirklich beeinflusst gewesen zu sein. Interkultureller Austausch stellt jedoch keine Einbahnstraße dar. Das zeigt sich allein schon an der Bedeutung, welche die von Kolonisatoren in Übersee erworbenen, spezifischen Erfahrungen für die jeweiligen Mutterländer hatten. Die Beziehung zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus verdeutlicht dies in besonderem Maße: Die Eindrücke und Erkenntnisse von tausenden Soldaten, Beamten und Siedlern, die sich zeitweise oder dauerhaft in den Kolonien aufhielten, prägten die deutschen Selbstwahrnehmungen und die Vorstellungen, wie mit „minderwertigen“ Völkern umzugehen sei, nachhaltig. Ein zweiter Rezeptionskanal kolonialen Wissens waren Institutionen wie die Kolonialschule Witzenhausen, staatliche Bürokratien oder Kolonialunternehmen – sie fungierten als organisatorische Wissensspeicher. Drittens kam die kollektive Imagination hinzu, die sich besonders in der populären Kolonialliteratur ausdrückte.

So wie die Kolonien Versuchslabors der europäischen Moderne waren, in denen Verwaltungspraktiken im Bereich der öffentlichen Gesundheit, der Volkszählung oder der Katastereinteilung erprobt wurden, waren auch in diesem Fall Erfahrungen, die Europäer in Übersee gemacht hatten, für Teile Europas handlungsleitend. Der Nationalsozialismus wollte nun in der Alten Welt mit den grausamsten Methoden, die das 20. Jahrhundert bereithielt, neue soziale Ordnungen schaffen. Der NS-Rassen- und Vernichtungskrieg im

Osten hatte somit nicht nur Ursprünge auf dem Reichsterritorium, sondern muss bis nach Deutsch-Südwest und -Ostafrika zurückverfolgt werden.¹

1914

Der Erste Weltkrieg stellt ein weiteres Zentralereignis zur Erklärung des Nationalsozialismus dar, welches man künftig weniger nationalfixiert untersuchen sollte. Allgemein eröffnen Kriege transnationale Räume, die in Form von Konflikten und Vernichtung, aber auch von Kooperationen und Bündnissen Gesellschaften auf das Engste miteinander verflechten. Das gilt für den Ersten Weltkrieg als dem ersten totalen Krieg globaler Reichweite in besonderem Maße. Obwohl dieser Krieg seit fast einem Jahrhundert erforscht wird, gibt es aber beispielsweise erst seit kurzem genauere und vergleichende Forschungen zu der Frage nach dem Verhältnis zwischen der erlebten und ausgeübten Gewalt des Krieges einerseits und den Gewaltformen der Nachkriegszeit andererseits. Entgegen der älteren These von der allgemeinen Brutalisierung durch das Kriegserlebnis betonen neuere Arbeiten die jeweils miteinander vernetzten, aber nationalspezifischen Verlaufsformen im Umgang mit der Gewalt. Übergreifende Ereignisse wurden jeweils national bearbeitet; insgesamt ergibt sich so ein komplexes Wechselspiel aus national-historischer Prägung und transnationalen Dimensionen.

Noch viel konkretere Kontinuitäten, die über den nationalhistorischen Rahmen hinausreichen, gibt es in einem anderen Bereich. Da das öffentliche Interesse ebenso wie die Forschung zum Ersten Weltkrieg bisher auf die Geschehnisse an der Westfront fixiert gewesen sind, wurde zumeist übersehen, wie viele Verbindungen es zwischen der deutschen Herrschaftspraxis im Osten während des Ersten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Politik gibt. Besonders im Russlandkrieg von 1918, der erst kürzlich wieder in Erinnerung gerufen wurde, setzte das Deutsche Reich auf ökonomische Ausbeutung, territoriale Zerstückelung sowie die Kooperation und Ausnutzung nationaler Unabhängigkeitsbewegungen. Umsiedlungen, ethnische Säuberungen und sogar Genozid auf Grundlage völkischen Denkens wurden schon damals diskutiert und geplant. Viele der nach dem Waffenstillstand gebildeten Freikorps trugen solche Ideen über das Kriegsende hinaus fort und speisten sie in Reichswehr, Kampfbünde und völkische Organisationen ein; ihre Bedeutung kann daher kaum überschätzt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint die Ostpolitik des Nationalsozialismus mit dem Ziel, ein kontinenta-

1 Vgl. zusammenfassend Jürgen Zimmerer, Die Geburt des „Ostlandes“ aus dem Geiste des Kolonialismus. Die nationalsozialistische Eroberungs- und Beherrschungspolitik in (post-)kolonialer Perspektive, in: „Sozial.Geschichte“, 19/2004, S. 10-43; ders., Holocaust und Kolonialismus. Beitrag zu einer Archäologie des genozidalen Gedankens, in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, 51/2003, S. 1098-1119; Birthe Kundrus (Hg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, Frankfurt/M. 2003; Martha Mamozai, Herrenmenschen. Frauen im deutschen Kolonialismus, Reinbek 1982; Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus, München und Zürich 2000 [1951], S. 405-471; allgemein: Sebastian Conrad, Doppelte Marginalisierung. Plädoyer für eine transnationale Perspektive auf die deutsche Geschichte, in: „Geschichte & Gesellschaft“, 28/2002, S. 145-169.

les Kolonialreich imperialen Charakters zu schaffen, zwar als dramatische Verschärfung, aber nicht als völliges Novum in der deutschen Geschichte.

Zudem hatte das imperiale Auftreten des Kaiserreichs gegenüber seinen östlichen Nachbarn seinen Ursprung lange vor dem Beginn des Weltkriegs. Die Vorstellungen von kultureller Überlegenheit und missionarischem Auftrag gegenüber dem Osten wurden spätestens in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer Ideologie. Die deutsche Selbstwahrnehmung als Kulturträger fand ihren Ausdruck besonders in der Unterdrückung, der Assimilationsforderung und schließlich in einer ethnisch motivierten Bevölkerungspolitik gegenüber den Polen und den slawophonen Minderheiten des Reiches.²

In verschiedenen transnationalen Räumen wurden so lange vor 1933 Ideen von kultureller und rassistischer Überlegenheit konzipiert und praktiziert. Wie stark die unterschiedlichen Stränge den Nationalsozialismus insgesamt beeinflussten, muss ebenso weiter untersucht werden wie die Frage, ob sich die außereuropäische Kolonialerfahrung und das imperiale Gebaren gegenüber dem europäischen Osten überhaupt voneinander trennen lassen. Wer sich von Ansätzen der *post-colonial studies* inspirieren lässt, wird Parallelen sehen, etwa in der Konstruktion von Fremdheit, die man hier wie dort findet. Da überseeischer Kolonialismus und Minderheitenpolitik sich im Deutschen Kaiserreich ungefähr zeitgleich radikalisierten, spricht viel für wechselseitige Einflüsse zwischen der kontinentalen und der maritimen imperialen Politik des Kaiserreichs. Eine ungeschriebene Vorgeschichte des Nationalsozialismus jenseits des nationalhistorischen Tellerrands liegt deswegen in dieser wechselseitigen Information und Stabilisierung, Verstärkung und Radikalisierung von Herrschaftsvorstellungen und -formen gegenüber all jenen, die aus rassistischen Gründen als minderwertig eingeschätzt wurden, seien es „slawische Untermenschen“ oder „Neger mit kindlichem Gemüt“.

1939

Auch die Geschichte des NS-Regimes selbst und vor allem seiner sechs Kriegsjahre wurde bisher häufig einseitig nationalzentriert untersucht. Dabei lassen sich gerade jene Jahre aus einer solchen Perspektive nicht zureichend verstehen. So ist es zu begrüßen, dass sich die deutsche NS-Forschung in den letzten 15 Jahren verstärkt dem Rassen- und Vernichtungskrieg im Osten zugewandt hat, dessen Analyse man zuvor weitgehend den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland überlassen hatte. Allerdings fällt an den meisten dieser neuen Arbeiten auf, dass auch sie eine einseitige Blickrichtung haben. Sie sind oft aus den deutschen Quellen geschrieben und schildern das Handeln deutscher Institutionen. Indirekt wird so deren Perspektive fortgesetzt. Dagegen erscheinen Weißrussen und Litauer, Ukrainer oder polnische Juden

2 Vgl. die Beiträge im „Journal of Modern European History“, 1/2003; Philipp Ther, Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire, in: Sebastian Conrad und Jürgen Osterhammel (Hg.), Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914, Göttingen 2004 (i.E.); Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, München 2003, S. 148-155.

lediglich als Objekte deutscher Herrschaftspraxis. Sie haben keine eigene Stimme und keine eigene Perspektive; ihre Motive, Handlungsspielräume und die Ursachen für Kollaboration, Widerstand oder passives Erdulden interessieren wenig.

Es geht dabei nicht nur um eine ausgewogenere Darstellung. Denn einige neuere Arbeiten zeigen, dass eine germanozentrische Analyse nicht ausreicht, um Besatzungs- und Beherrschungsformen, um Verfolgung und Vernichtung zu erklären. Vielmehr müssen auch nichtdeutsche Akteure einbezogen werden. So haben jüngst Götz Aly und Christian Gerlach für eine integriertere Analyse geworben: Die Ermordung der ungarischen Juden im Jahre 1944 kann man demnach nicht erklären, wenn man sich nur auf die deutsche Seite konzentriert. Dasselbe gilt auch für andere Regionen, etwa für Litauen: Es gibt keinen Zweifel an der vollen Verantwortung der Deutschen für die Ermordung von über 100000 litauischen Juden durch die rund 120 Männer der Einsatzgruppe A binnen sechs Monaten im Jahr 1941. Wie neuere Studien von litauischer, amerikanischer und deutscher Seite gezeigt haben, ist eine volle Erklärung des Mordgeschehens aber auch nicht möglich, wenn man die Rolle nichtjüdischer Litauer übersieht, die einen wichtigen Teil des logistischen Hinterlandes für die deutschen Verbrechen lieferten. Was für das Mordgeschehen gilt, trifft übrigens auch auf Zivilverwaltungen im von Deutschland besetzten oder mit dem Reich verbündeten Europa zu. Wie neuere Arbeiten – etwa zur Slowakei – verdeutlichen, war auch hier der Handlungsspielraum nichtdeutscher Akteure größer, als man lange gedacht hatte.

Zugleich haben auch nichtdeutsche Akteure eine Vorgeschichte; die deutschen Armeen betraten 1939 kein geschichtsloses Land. In den letzten Jahren wurde immer klarer, dass die Reaktionen der von Deutschland beherrschten Gebiete ganz wesentlich aus ihren inneren Entwicklungen während der 30er Jahre zu erklären sind. Für die östlichen Teile Polens, das Baltikum oder die besetzten Teile der Sowjetunion ist die Verkettung von Herrschafts- und Gewalterfahrungen nicht zu unterschätzen. Dort knüpfte der NS-Terror relativ nahtlos an sein sowjetisches Pendant an, um es binnen kurzem in den Schatten zu stellen. Es geht hier um keine Entlastung des NS-Regimes. Vielmehr wird erst durch die Kontextualisierung deutlich, wie sehr NS-Deutschland die Grausamkeiten anderer autoritärer und totalitärer Regime noch übertraf. Auch lassen sich erst vor diesem Hintergrund Motive für Widerstand, Kollaboration oder Permissivität verstehen.³

Ein anderes Beispiel, das auf die Grenzen der nationalzentrierten Forschung verweist, ist die Frage nach den nationalsozialistischen Herrschaftsvorstellungen. In deren Kern stand ein „Nationalismus“, der derart rassistisch radikalisiert war, dass er paradoxerweise gerade die Überwindung jenes *nationalstaatlichen* Prinzips zum Inhalt hatte, das erst nach 1918 weltweit als

3 Vgl. Christian Gerlach und Götz Aly, *Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/45*, Stuttgart und München 2002; Vincas Bartusevičius u.a. (Hg.), *Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941*, Köln 2003; Tatjana Tönsmeier, *Das Dritte Reich und die Slowakei 1939-1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn*, Paderborn u.a. 2003; als Überblick: Michael Burleigh, *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*, Frankfurt a. M. 2000, S. 467-556; Christoph Dieckmann u.a. (Hg.), *Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939-1945*, Göttingen 2003.

Normalform politischer Organisation festgelegt wurde und sich trotzdem in der Zwischenkriegszeit in vielen europäischen Gesellschaften nicht vollständig durchsetzen ließ. Alle zentralen Bezugsgrößen des NS-Regimes – das Reich, die Volksgemeinschaft, die Rasse und schließlich sogar Europa – entsprachen gerade *nicht* dem nationalstaatlichen Prinzip. Sie waren vielmehr beides zugleich: kleiner und exklusiver als der Nationalstaat, da sie sich nur an den positiv definierten Teil der Bevölkerung richteten; zugleich aber auch größer als die Nation und vor allem expansiv, da sie auch Gruppen umfassten, die nie in einem deutschen Staat gelebt hatten. Denn der Herrschaftsanspruch des Regimes richtete sich an alle „Arier“ oder „Germanen“, später auch an die „artverwandten Völker“ und gegen Kriegsende schließlich sogar an das „Bürgertum Europas“. Damit wurde nicht nur die *nationalstaatliche*, sondern auch die nationale Kategorie selbst gesprengt. Extremer Nationalismus schlug so letztlich um in ein quasi postnationales Projekt.

Gerade das Heilige Römische Reich stellte dabei eine zentrale Bezugsgröße dar, nicht nur auf ideengeschichtlicher Ebene. Vielmehr wurde im „Dritten Reich“ das erste Reich direkt handlungsrelevant, vor allem gegenüber Deutschlands westlichen Nachbarn. So sicherten deutsche Truppen nach 1940 neben der Demarkationslinie, die das besetzte vom unbesetzten Frankreich trennte, eine weitere Grenze innerhalb Frankreichs, die ohne direkten politischen oder militärischen Nutzen war. Diese „Nord-Ost-Linie“ sollte die künftige Westgrenze des „Großdeutschen Reiches“ bilden und hatte unter Rückgriff auf historische, geographische und andere wissenschaftliche Ausarbeitungen der Zeit die Aufgabe, den Zustand von vor 1648 wiederherzustellen. Gegenüber dem Westen sprachen Hitler, Goebbels und andere deswegen von der „Liquidation des Westfälischen Friedens“. Eine Restitution des *status quo ante* war aber nicht das Ziel; mit einer komplex geschichteten, dynastisch und plural organisierten sowie gegenüber dem Rassedanken indifferenten Ständegesellschaft hatte der Nationalsozialismus nichts im Sinn. Vielmehr ging es territorial um Expansion und politisch-organisatorisch um die Aufhebung jener modernen Form von Staatlichkeit, die sich mit dem Begriff des Westfälischen Friedens verbindet.

Neben dem Reich wurde in zunehmendem Maße Europa zum politischen Schlagwort und zur Legitimationsgröße für den Herrschaftsanspruch und -bereich des Nationalsozialismus. Besonders seit der Kriegswende im Winter 1942/43 hatte der Terminus Konjunktur. Er sollte als Sammlungs-begriff all jene ansprechen, die man beim besten Willen nicht zum „großgermanischen“ Reich zählen konnte. Je mehr dem Nationalsozialismus die Felle davon schwammen, desto mehr sollten ihre Kräfte im „Kampf gegen den Bolschewismus“ und gegen den „amerikanischen Materialismus und Imperialismus“ mobilisiert werden. Erst vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Europapropaganda – die in der Forschung zur europäischen Integration übrigens lange geflissentlich übergegangen worden ist – wird man die Vorbehalte vieler Europäer verstehen können, wenn sie nach 1945 das Wort „Europa“ aus deutschem Munde hörten. Zugleich geht es auch hier nicht nur um ein verqueres Kapitel der Ideengeschichte: Neuere Arbeiten heben hervor, dass

etwa im Bereich des Rechts und der Wirtschaft einige der durch die NS-Herrschaft geprägten Strukturen die europäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich gestalteten; man denke zum Beispiel an die Standardisierungswelle in der industriellen Fertigung während des Kriegsverlaufs. In transnationaler Perspektive muss so künftig genauer nach Kontinuitäten und Brüchen zwischen dem postnationalstaatlichen Projekt des Nationalsozialismus und der supranationalen Einigung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg gefragt werden.⁴

Wie sehr das „Großdeutsche Reich“ – jedenfalls im Kriegsverlauf – die Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaats selbst konterkarierte, zeigt sich auch an der Bevölkerung auf seinem Territorium. Im August 1944 gehörten dazu knapp acht Millionen „Fremdarbeiter“, von denen viele als Zwangsarbeiter in der deutschen Industrie und Landwirtschaft ausgebeutet wurden. Keine deutsche Kleinstadt, kaum eine Gemeinde und kein Viertel in den Großstädten kam ohne solche Fremdarbeiter aus. Zumindest in den letzten beiden Kriegsjahren prägten sie das Erscheinungsbild Deutschlands – wenngleich sie in der Wahrnehmung der „Volksgenossen“ kaum vorkamen. Auch deswegen war ihre tragische Geschichte hierzulande weitgehend vergessen, bis es zu den Sammelklagen der späten 90er Jahre kam.

Aus der deutschen Geschichte weitgehend eskamotiert wurden auch jene Ukrainer und Kosaken, die ganze Wehrmachtsdivisionen stellten. Wer weiß heute noch in Deutschland, dass immerhin jeder sechste Soldat, der im Juni 1944 in der Normandie stationiert war, ein „Beutekamarad“ war; dass in SS-Uniform nicht nur Flamen und Finnen, sondern auch Kosaken und Rumänen, Inder und Türken für das „Tausendjährige Reich“ kämpften, während gleichzeitig die theologischen Seminare in Dresden und Heidelberg die Ausbildung sunnitischer und schiitischer Feld-Imame für die islamischen Heere des „Führers“ aufnahmen? Eine rein nationalzentrierte Geschichtsschreibung ist demgegenüber ebenso blind wie gegenüber dem paradoxen Befund, der sich insgesamt ergibt: Das Hitler-Regime, für das ethnische Homogenisierung und Säuberung Kernprinzipien waren, war zwar nach radikal rassistischen Kriterien organisiert, zugleich aber ethnisch viel heterogener als die Weimarer Republik, die frühe Bundesrepublik und die DDR. Die relative ethnische Homogenität, welche die europäischen Gesellschaften der Nachkriegsjahrzehnte kennzeichnete, hatte ihre Hauptursache zwar in dem von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkrieg; hergestellt wurde sie aber erst in der Übergangsphase von der Kriegs- zur Nachkriegszeit.

Insgesamt war der Nationalsozialismus für Migrationsströme hauptverantwortlich, wie es sie seit der Völkerwanderung nicht gegeben hatte. Millionenheere von Soldaten und zivilen Besatzungskräften, Verschleppten und Zwangsarbeitern, Flüchtlingen und Umgesiedelten bewegten sich durch

4 Vgl. zur Westgrenze: Peter Schöttler, Eine Art „Generalplan West“. Die Stuckart-Denkschrift vom 14. Juni 1940 und die Planungen für eine neue deutsch-französische Grenze im Zweiten Weltkrieg, in: „Sozial.Geschichte“, 18/2003, S. 83-131; zur europäischen Integration: Thomas Sandkühler (Hg.), Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920-1960, Göttingen 2002; Christian Joerges und Navraj Singh Ghaleigh (Hg.), Darker Legacies of Law in Europe. The Shadow of National Socialism and Fascism over Europe and its Legal Traditions, Oxford und Portland 2003.

Europa und die Welt. Zugleich bewirkte die Ortsveränderung bei vielen Betroffenen eine Destabilisierung des Denkens in rein nationalen Bahnen. Die Grenzen nationalstaatlichen Denkens und von Nationalstaaten wurden somit nicht nur in Deutschland durch Ideologie und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus massiv herausgefordert. Auch für die Geschichte Argentinens, sibirischer Wolgadeutscher, des italienischen Widerstands oder des polnischen Exils in England sollte man diesen Faktor nicht übersehen.⁵

Darüber hinaus gab es wechselseitige Beobachtungs- und Lernprozesse zwischen verschiedenen Nationen, die bislang zu wenig beachtet wurden. So sind zum Beispiel die konkreten Anleihen, die der Nationalsozialismus bei seinem italienischen Vorbild machte, immer noch kaum aufgearbeitet. Und brisanter noch: Das Wissen um das Menschheitsverbrechen des Holocaust hat uns auch den Blick auf das wechselseitige Interesse und die gelegentliche Faszination verstellt, die Demokratien und Diktaturen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufeinander ausübten; das heißt auf alle Grauzonen von Beobachtung, Kontakt und Transfer zwischen den Gesellschaften.

Das lässt sich exemplarisch an der Rolle der USA verdeutlichen. Die Vereinigten Staaten gelten zumeist simplifizierend als *die* Systemalternative. Unter einer schematischen Schablone erscheinen sie als das Land, das ohne externe Einflüsse und trotz Weltwirtschaftskrise durch einen vorsichtigen Reformkurs sein demokratisches System reformieren konnte. Diese Interpretation, die das Amerika des New Deal als quasi unbeteiligte und unbeeinflusste Gesellschaft versteht, ist zwar nicht ganz falsch – sie stellt aber auch nicht die ganze Wahrheit dar. Der Nationalsozialismus drückte dem New Deal dergestalt einen negativen Stempel auf, dass manche politischen Optionen seinetwegen in den USA nicht verfolgt werden konnten – aus dem einfachen Grund, weil sie als „faschistisch“ galten. So wurde der Handlungsspielraum der US-Regierung in verschiedenen Fragen deutlich eingeschränkt.

Zugleich ließ sich der amerikanische Reformkurs explizit von der Sozialpolitik des „Dritten Reiches“ inspirieren. Präsident Roosevelt höchstpersönlich orderte Berichte über NS-Institutionen – wohlgerne nicht, um Propagandamaterial gegen das Regime zu gewinnen, sondern auf der Suche nach Anregungen für die eigene Politik. Amerikanische Experten studierten die Arbeitsbeschaffungsprogramme Nazi-Deutschlands, die Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ und den Reichsarbeitsdienst. Als Ergebnis übernahmen die USA sogar einige Elemente deutscher Maßnahmen in modifizierter Form, zum Beispiel aus dem Ausbildungsprogramm der Flieger-HJ.

Ein Blick in die Archive ergibt, dass dies kein Einzelfall war. Auch schwedische Politiker suchten bei der Sozialpolitik des NS-Regimes nach Anregungen – was andere wiederum als Argument für deren Ablehnung nutzten. Die Geschichte einiger sozialpolitischer Maßnahmen in den USA, in Schweden und in anderen Ländern lassen sich daher ohne die Analyse von Anleihen und Abgrenzungen gegenüber dem „Dritten Reich“ kaum erklären.

5 Vgl. Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001; ders., *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1985; Richard Overby, *Russlands Krieg 1941-1945*, Reinbek 2003, S. 204-239.

Erst neuere Forschungen, die häufig unter dem Stichwort der „transnationalen Geschichte“ firmieren, stellen ein analytisches Instrumentarium zur Verfügung, das diesen Fragen gerecht wird. Es versteht sich von selbst, dass man nicht nach direkten Kopien der NS-Maßnahmen suchen sollte, etwa nach kleinen „Dritten Reichen“ im New Deal oder im schwedischen *Volkshem*. Zumindest in allen hier behandelten Fällen waren sich die demokratischen Politiker der Aporie bewusst, in die sie sich mit ihrem Interesse für NS-Deutschland begaben. Roosevelt selbst brachte dies in den folgenden Worten auf den Punkt: „All dies hilft uns bei unseren Planungen, selbst wenn unsere Methoden demokratischer Natur sind!“ Und tatsächlich findet man keine direkten Kopien, sondern lediglich „Anverwandlungen“, in denen die hoch ideologischen Elemente des „Originals“ ausgeschieden wurden. Insgesamt waren sich die Protagonisten der 30er und 40er Jahre der Systemunterschiede zwischen Demokratie und Diktatur sehr wohl bewusst. Aber angesichts von gleich zwei immensen Herausforderungen innerhalb nur eines Jahrzehnts – der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs – suchten sie nicht nur bei ihresgleichen nach Anregungen. Nicht einmal der Protektionismus und der Nationalismus, die in dieser Zeit weltweit einen Aufschwung erlebten, machten die Nationen zu völligen Einzelkämpfern. Die wechselseitigen Wahrnehmungs- und Austauschprozesse konnten zwar die grundsätzlichen Grenzen zwischen Demokratie und Diktatur nicht aufheben; sie verdeutlichen aber den Horizont der Zeitgenossen, die Systemalternativen nicht mit Denkverboten gleichsetzten. Diese Erkenntnis hat die Forschung noch nachzuvollziehen.⁶

1944/45

Neue transnationale Räume eröffnete schließlich auch die Landung der Alliierten im Juni 1944 in der Normandie, die heute als ein Symbol für die Befreiung Europas gilt. Eine Perspektive, die sich nicht auf die Nationalgeschichte festlegt, hält auch Antworten auf Fragen bereit, die die Zäsur von 1945 überschreiten, wie die Beispiele der ethnischen Homogenisierung oder der Kontinuitäten zur europäischen Integration gezeigt haben. Sie begreift das Kriegsende nicht zuletzt deswegen als Zäsur in der europäischen Geschichte, weil nun alle hegemonialen und imperialen Ambitionen und Praktiken europäischer Mächte an ihr Ende kamen – während sich gleichzeitig zwei radikal unterschiedliche, neue Hegemonien im östlichen und im westlichen Teil des Kontinents etablierten.

6 Kiran Klaus Patel, „Soldaten der Arbeit“. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA, 1933-1945, Göttingen 2003 (Zitat Roosevelt ebd., S. 412); Norbert Götz und Kiran Klaus Patel, Facing the Fascist Model: Discourse and the Construction of Labor Services in the United States of America and Sweden in the 1930s and 1940s, in: „Journal of Contemporary History“, 40/2005 (i.E.); Maurizio Vaudagna, New Deal, Democracy, and Totalitarianism in Transatlantic Welfare States, in: R. Laurence Moore und Maurizio Vaudagna (Hg.), The American Century in Europe, Ithaca und London 2003, S. 219-242; zur transnationalen Geschichte: Kiran Klaus Patel, Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, 52/2004, S. 626-645.

Schließlich hilft ein transnationaler Ansatz, einige der drängendsten, übergreifenden Fragen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert zu beantworten, die sich am Jahr 1945 als Wendepunkt der deutschen Geschichte kristallisieren: Wie können die beiden Jahrhunderthälften in einer Erzählung vereint werden? Wie können extremster Nationalismus, Hegemonialstreben und Vernichtungskrieg auf der einen Seite sowie Wirtschaftswunder, demokratische Neuorientierung und internationale Anerkennung auf der anderen Seite zusammengedacht werden? Wie war es möglich, dass dieselbe Generation von Deutschen, die das „Dritte Reich“ aufbaute, wenig später für Wirtschaftswunder und Westintegration stehen konnte? Eine der wichtigsten Erklärungen führt zu den Erfahrungen, die diese Generation in transnationalen Räumen und Konstellationen machte. Sie erfuhr, dass ihre radikale Ideologie und ihre politischen Ziele im Krieg komplett fehlschlügen. Die bedingungslose Kapitulation, Jahre als Kriegsgefangene in Sibirien, England oder den USA hatten einen ernüchternden Effekt und wurden zu Faktoren, die den Lauf der deutschen Geschichte veränderten. Abgesehen von diesen Internalisierungen transnationaler Erfahrungen waren es natürlich die direkten internationalen Einflüsse auf die Geschehnisse der beiden deutschen Staaten, die in diesem Licht zu sehen sind und die eine national isolierende Interpretation ebenfalls verbieten.

Insgesamt steht die NS-Zeit somit nicht nur in Kontinuität zu den Strukturen des Denkens und Handelns in Bahnen des deutschen Nationalstaats. Der Nationalsozialismus knüpfte auch an imperiale Momente deutscher und nichtdeutscher Geschichte an, an koloniale Erfahrungen, Mentalitäten und Praktiken. Unter den Vorzeichen eines radikalen, rassistischen Nationalismus stellte er das *nationalstaatliche* Denken in Frage; er destabilisierte die Fixierung auf diese Größe, wie er zugleich über Deutschlands Grenzen hinaus einer Nationalisierung und Ethnisierung der Politik Vorschub leistete. Der Nationalsozialismus beeinflusste andere Gesellschaften stärker, als man bisher annahm, und wurde zugleich mehr von diesen geprägt als bislang gedacht – sei es durch Abgrenzung oder durch Anverwandlung. Die Formen des Austauschs waren häufig viel komplexer, als bisherige Erklärungsmuster wie das von der Brutalisierung europäischer Gesellschaften nach 1918, von Satellitenstaaten im NS-Herrschaftssystem oder klar voneinander geschiedener Systemalternativen glauben machen. Die Kommunikation zwischen diesen Gesellschaften verlief zudem nicht auf Einbahnstraßen, sondern war oft wechselseitig, manchmal sogar zirkulär und umfasste immer wieder mehr als nur zwei Gesellschaften.

Zugleich hat die transnationale Perspektivierung nichts mit einer Exkulpation des Nationalsozialismus zu tun. Indem sie methodisch auf neuere Ansätze der Nationalismusforschung, der historischen Komparatistik und vor allem der Transferforschung unter Vorzeichen der „transnationalen Geschichte“ setzt, ist die Nation für sie keine ontologisch verhärtete Substanz mehr. Außerdem kann sie beim Vergleich Gemeinsamkeiten *und* Unterschiede in den Blick nehmen. Sie entgeht auch der Gefahr, eine selektive Rezeption mit einer direkten Kopie von Maßnahmen zu verwechseln.

Transnationale Geschichte heißt, die Geschichte des NS-Regimes weiter zu kontextualisieren. Heute, da sich das Geschichtsbild der Deutschen auf dem Weg zu einer neuen nationalen Opferperspektive zu befinden scheint, ist dies notwendiger denn je. Nur so kann man einseitigen Opfergeschichten in Bezug auf Bombenkrieg oder Vertreibung fundiert und überzeugend entgegenreten. Nur so lässt sich die aktuelle Tendenz zu einer ahistorischen Universalisierung des Holocaust kritisch hinterfragen, die aus diesem eine Ersatzethik oder einen negativen Gründungsmythos Europas zu generieren sucht. So verstanden ist es sinnvoll, von einer „Europäisierung“ der historischen Forschung zu sprechen: einer Forschung, die nicht einfach den „Container Nationalstaat“ durch den „Container Europa“ ersetzt, sondern nach grenzübergreifenden Strukturen, Prozessen und Erfahrungen fragt, von denen viele innerhalb Europas stattfanden, manche aber auch weit darüber hinausgingen.

Anzeige

PRINZIP DER VERERBUNG

Pierre Bourdieu
Der Staatsadel
2004, 476 Seiten, broschiert
ISBN 3-89669-807-9, € (D) 39

»Bourdieu beschreibt ebenso materialreich wie eindringlich die Mechanismen eines Kooptationssystems, das die Illusion von Chancengleichheit nährt, letztlich jedoch nichts anderes als die Vererbung technokratischer und bürokratischer Führungspositionen bewirkt.« Frankfurter Rundschau

www.uvk.de

UVK